



Wortprotokoll

der 43. Sitzung vom 11. Juli 1955

Resoconto integrale

della seduta n. 43 dell'11 luglio 1955

II. Legislatur
II legislatura
1952 - 1956



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO
LANDTAG BOZEN

II. Legislatura
II. Legislaturperiode

SEDUTA XLIII SITZUNG

11-7-1955

Presidente - Präsident: BERTORELLE
Vice Presidente - Vize-Präsident: MAGNAGO

ORDINE DEL GIORNO

- 1) Dichiarazione del Presidente della Giunta Provinciale sullo stato dell'attuazione dell'autonomia provinciale;
- 2) Disegno di legge provinciale: « Ordinamento delle scuole materne della Provincia di Bolzano » (rinviato dal Commissario del Governo il 19-8-1954, vedi motivazione del 13-9-1954);
- 3) Ratifica della deliberazione n. 624 del 16-6-1955, presa dalla Giunta Provinciale a sensi dell'art. 48, punto 7 dello Statuto: « Ufficio Assistenza Rimpatrianti Op-tanti: acquisto a Dodiciville del terreno di proprietà Conti Toggenburg »;
- 4) Interrogazioni e interpellanze.

ORDINE DEL GIORNO SUPPLETIVO

Modifica del punto 7 della delibera consiliare n. 23/74 del 5-7-1954.

TAGESORDNUNG

- 1) Erklärung des Präsidenten des Landesausschusses über den Stand der Durchführung der Provinz-Autonomie;
- 2) Landesgesetzentwurf: « Bestimmungen für Kindergärten der Provinz Bozen » (rückverwiesen vom Regierungskommissär am 19.8.1954, siehe Begründungen vom 13.9.1954);
- 3) Genehmigung des Beschlusses Nr. 624 vom 16.6.1955, welcher vom Landesausschuss im Sinne des Art. 48, Punkt 7 des Autonomiestatutes gefaßt wurde: « Amt für Rücksiedlungshilfe — Ankauf eines Grundes der Grafen Toggenburg »;
- 4) Anfragen und Interpellationen.

ZUSÄTZLICHE TAGESORDNUNG

Abänderung des Punktes 7 des Landtagsbeschlusses Nr. 23/74 vom 5.7.1954.

Bolzano, 11 luglio 1955

PRESIDENZA del Presidente: Dr. Armando
VORSITZ des Präsidenten: Bertorelle

Ore 9.40 Uhr

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

STOETTER (Segretario S.V.P.): (Appello, processo verbale — Namensaufruf - Verlesung des Protokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

Vengono distribuite le copie del testo della dichiarazione del Presidente della Giunta Provinciale riguardanti il punto primo all'ordine del giorno, che prevede la dichiarazione del Presidente della Giunta provinciale sullo stato di attuazione dell'autonomia. La parola al Presidente della Giunta provinciale, dott. Erckert.

ERCKERT (Präsident des Landesausschusses - S.V.P.): „Unsere Provinz ist in der letzten Zeit im Mittelpunkt zahlreicher öffentlicher Erörterungen gestanden, vor allem in der Presse, aber auch in Äusserungen halb- und ganz offizieller Stellen. Als Haupt der autonomen Provinzverwaltung glaube ich die Legitimation, das Recht und die Pflicht zu einer klaren Stellungnahme zu haben.“

Es obliegt mir in erster Linie über die Verwirklichung der Autonomie, wie sie durch unser Statut den Provinzen eingeräumt ist, zu wachen.

Ich muß leider ausdrücklich feststellen, daß diese Verwirklichung noch sehr im Argen liegt. In den sieben Jahren, seit das Autonomiestatut in Kraft steht, sind nur für drei von den siebzehn Sachgebieten, welche der Provinz zugewiesen sind, die Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Obwohl der Art. 13 des Statutes die Verwaltungsmacht auf allen Gebieten, für welche die Provinz gesetzgeberisch zuständig ist, ohne weiteres auf die Provinzen überträgt, macht man diesen Übergang, nach unserer Ansicht ohne stichhaltige rechtliche Begründung, von dem Erlaß der Durchführungsbestimmungen und damit von dem Ermeßen der Zentralregierung abhängig, mit der Folge, daß die Provinz heute nur zum geringsten Teile im Besitze der ihr verfassungsrechtlich zukommenden Verwaltungsmacht steht.

Dies hat seine Auswirkung insbesondere auf dem Gebiete des Schul- und Kulturwesens. Die Verwaltung des Schulwesens, auch für die deutsche und ladinische Volksgruppe und die Kontrolle ihrer kulturellen Tätigkeit und ihres kulturellen Lebens, wird auf Grund von Gesetzen, die größtenteils noch vom Faschismus geerbt sind, nach wie vor von der Zentralregierung ausgeübt und dies, obwohl gerade Schule und Kultur einen wesentlichen Teil jenes bescheidenen Restes der Autonomie ausmachen sollten, der den Provinzen und insbesondere unserer Provinz auch in der Regionalautonomie übrig geblieben ist. Dadurch ist auch die Mög-

lichkeit einer Kulturförderung für diese Volksgruppen wesentlich gebemmt.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung wollen wir ohne weiteres anerkennen, daß wenigstens das Höfegesetz und einige andere Gesetze genehmigt wurden. Dem gegenüber muß aber festgestellt werden, daß eine Reihe von anderen wichtigen Landesgesetzen, die zweifellos in die Zuständigkeit der Provinz fallen, ein solches über die Kindergärten, über den Landschaftschutz, über Studienunterstützungen, Handwerk, Berufsschulwesen, mit schwachen Begründungen von der Regierung rückverwiesen wurden und infolgedessen bis heute nicht in Kraft treten konnten. Hierzu kommt noch das Fehlen des Verfassungsgerichtshofes und infolgedessen das Fehlen der Möglichkeit der Anfechtung sowohl der verschiedenen Rückverweisungen von Landesgesetzen als auch der Anfechtung von Gesetzen, die mit der Verfassung in Widerspruch stehen. Man kann sich des Eindruckes kaum erwehren, daß man der Provinz die Ausübung ihres autonomen Gesetzgebungsrechtes überhaupt verleiden und hoffnungslos machen möchte, indem stets Gründe von sehr zweifelhafter rechtlicher Haltbarkeit für die Verweigerung der Genehmigung herausgesucht werden.

Das Autonomiestatut sieht im Art. 14 eine weitgehende Dezentralisierung der regionalen Verwaltung vor, indem die Region normalerweise, also in der Regel, die ihr zustehenden Verwaltungsbefugnisse an die Provinzen, an Gemeinden und anderen öffentliche Körperschaften delegieren, oder sich deren Ämter bedienen soll. Es braucht nicht hervorgehoben werden und wird auch in der staatlichen Gesetzgebung in fortschreitendem Maße anerkannt, daß eine möglichst weitgehende Dezentralisierung Grundvoraussetzung einer zweckmäßigen, gesunden und volksnahen Verwaltung darstellt. Trotzdem ist dieser Art. 14, der diese Dezentralisierung verwirklichen und die aktive Ausübung der Verwaltung auf Behörden der Provinz oder in der Provinz verlagern will, bis heute, trotz aller Versuche, toter Buchstabe geblieben. Ja es kommt leider schon vor, daß auf manchen Verwaltungsgebieten, welche der Provinz bereits zustehen, der Versuch gemacht wird, die bezüglichen Kompetenzen mit juristisch spitzfindigen Gesetzesauslegungen möglichst einzuschränken.

Ich kann es nicht unterlassen, auch auf einige Gebiete überzugreifen, die zwar nicht unmittelbar die Provinzverwaltung betreffen, jedoch auf dieselbe mehr oder weniger von wesentlichem Einfluß sind. Die Provinzverwaltung ist nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit der in der Provinz lehenden Volksgruppen, immer wieder darauf hinzuweisen und zu verlangen, daß in allen öffentlichen Ämtern das Verhältnis der Angestellten gemäß jenem der Sprachgruppen in der Provinz hergestellt werde, wie dies im Pariser Vertrag vor-

gesehen ist. Auf diesem Gebiete und auf dem Gebiete der Doppelsprachigkeit, richtiger der Gleichberechtigung der deutschen mit der italienischen Sprache, bleibt besonders hinsichtlich der Ämter der Staatsverwaltung und der halbstaatlichen Körperschaften viel zu wünschen übrig. Ein Fortschritt auf diesem Gebiete erscheint dadurch ausserordentlich erschwert, daß die Bestimmungen des Pariser Abkommens hinsichtlich der Anerkennung der Studientitel nur auf dem sehr eingeschränkten Gebiet der Rücksiedler, nicht aber, wie dies der Pariser Vertrag vorsieht, allgemein und grundsätzlich durchgeführt sind. Die Provinzverwaltung hat auch ein legitimes Interesse daran, daß bei Stellenbesetzungen in den Gemeinden und anderen ihrer Aufsicht unterliegenden Körperschaften, die im Interesse der Bevölkerung notwendige Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache gewährleistet sei. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß ihr bei den hierzu notwendigen Maßnahmen immer wieder große Schwierigkeiten bereitet werden. Dasselbe gilt auch von der inneren Amtssprache, das heißt von jener, die im Verkehre zwischen den Behörden zur Anwendung zu kommen hat. Daß dabei jede der in der Provinz bestehenden Sprachen zulässig sein muß und über die Anwendung im einzelnen Falle die verwaltungsmässige Zweckmässigkeit entscheidend sein sollte, wird keineswegs beachtet und man scheut auch vor gegenteiligen Eingriffen in den rein autonomen Verwaltungsbereich nicht zurück, obwohl dieselben offenbar als unzulässig betrachtet werden müssen.

Nachdem die Provinz und die ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften in sehr weitgehendem Maße mit Pflichten der öffentlichen Fürsorge belastet sind, kann es ihr keineswegs gleichgültig sein, wenn sie tatenlos zusehen muß, wie diese Lasten durch regellose Zuwanderung, durch nicht entsprechende Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über das Niederlassungsrecht und das Arbeitsvermittlungswesen fortwährend erhöht und die soziale Gliederung der Bevölkerung in ungesunder Weise verschoben wird. Obwohl der Volkswohnbau in ihre Zuständigkeit fällt, hat man der Provinz auf diesem Gebiete einen praktischen Einfluß bisher überhaupt nicht eingeräumt.

Ich kann nicht umhin, auch an die Frage der Rücksiedlung zu erinnern. Auch hier konnte die Provinz ihre Aufgabe zur Betreuung der Rückwanderer, welche durch das Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 mehr oder weniger zwangsweise ausgewandert waren, nur in geringem Masse erfüllen, weil die Hilfe des Staates in jurisdischer, materieller und sozialer Hinsicht in ganz bescheidenen Grenzen geblieben ist, während für die Abwanderer aus anderen Gebieten (Venezia Giulia) in viel weitgehendem Masse Vorsorge getroffen wird.

Wenn daher die Mehrheit der Bevölkerung unserer Provinz, und das ist die deutsche Sprachgruppe,

über alle diese Dinge Beschwerde führt, so ist sie damit in ihrem vollen Recht. Es ist daher auch weder gerechtfertigt noch ehrlich, deren gewählte Vertreter deshalb als Staatsfeinde und Irredentisten hinstellen, weil sie die Verwirklichung dessen verlangen was der deutschen Volksgruppe auf Grund von internationalen Verträgen und von Verfassungsgesetzen als ihr gutes Recht zusteht."

Dò lettura anche della traduzione italiana, osservo però che per i casi di dubbio vale per l'interpretazione il testo tedesco.

„La nostra Provincia in questi ultimi tempi è stata al centro di numerose discussioni pubbliche, avvenute specie nella stampa, ma anche tramite dichiarazioni di organi ufficiali e semiufficiali. Quale Presidente dell'Amministrazione Provinciale Autonoma ritengo di avere la legittimazione, il diritto e l'obbligo di assumere una chiara presa di posizione.

Mi incombe in primo luogo di sorvegliare sulla realizzazione dell'autonomia, quale è stata concessa alle Provincie dal nostro Statuto. Purtroppo devo constatare espressamente, che questa realizzazione è ben lungi dall'essere attuata. Nei sette anni decorsi dalla entrata in vigore dello statuto di autonomia sono state emanate le norme di attuazione per sole tre delle diciassette materie assegnate alla Provincia. Benchè secondo l'art. 13 dello Statuto la potestà amministrativa su tutte le materie, per le quali la Provincia ha potestà legislativa, viene conferita senz'altro alle Provincie, questo passaggio si fa dipendere, a nostro avviso senza plausibile motivazione giuridica, dall'emanazione delle norme di attuazione e quindi dal giudizio del Governo Centrale, colla conseguenza, che la Provincia possiede oggi solo in minima parte quella potestà amministrativa che le spetta in base alla legge costituzionale.

Ciò produce i suoi effetti specie nel campo dell'istruzione e della cultura. L'amministrazione nel campo dell'istruzione pubblica, anche per quella che riguarda il gruppo etnico tedesco e ladino, ed il controllo della loro attività culturale e vita culturale, vengono tuttora, come già per il passato, esercitati dal Governo Centrale in base a leggi in massima parte ancora ereditate dal fascismo e ciò, benchè proprio la scuola e la cultura dovrebbero costituire una parte essenziale di quel modesto resto di autonomia, che è rimasto anche nell'ambito dell'autonomia regionale alle Provincie ed in particolar modo alla nostra Provincia. Per questo anche la possibilità di un incremento culturale per questi gruppi etnici risulta notevolmente ostacolata.

Nel settore dell'attività legislativa vogliamo senz'altro riconoscere, che sono state approvate almeno la legge sui masi chiusi ed alcune altre leggi. D'altro canto deve però venir constatato, che una serie di altre leggi provinciali importanti, che indubbiamente ricentrano

nella competenza della Provincia, come quella sulle scuole materne, sulla tutela del paesaggio, sulle borse di studio, sull'artigianato, sull'istruzione professionale sono state rinviate dal Governo con deboli motivazioni e quindi non hanno potuto entrare in vigore fino ad oggi. A ciò aggiungasi ancora la mancanza della Corte Costituzionale e quindi della possibilità di impugnare sia i diversi rinvii di leggi provinciali come pure le leggi in contrasto colla Costituzione. Difficilmente ci si sottrae all'impressione che si vorrebbe addirittura far passare la voglia alla Provincia di esercitare il proprio potere legislativo autonomo e ridurre tale esercizio ad una attività senza speranza di successo, in quanto vengono sempre ricercati motivi di assai dubbia consistenza giuridica per negare l'approvazione.

Lo Statuto di autonomia prevede all'art. 14 un ampio decentramento dell'amministrazione regionale in quanto la Regione «normalmente», quindi di regola, delega le proprie funzioni amministrative alle Provincie, ai Comuni e ad altri enti pubblici o si serve dei loro uffici. Non occorre rilevare e viene riconosciuto in misura sempre più vasta nella legislazione statale, che un decentramento il più esteso possibile costituisce la premessa principale di un'amministrazione utile, sana e adeguata alle esigenze della popolazione. Ciononostante questo art. 14, che vuol realizzare questo decentramento e trasferire l'esercizio attivo dell'amministrazione ad organi della Provincia o esistenti nella Provincia, è rimasto fino ad oggi, ad onta di tutti i tentativi, lettera morta. Purtroppo avviene anche che in alcuni settori amministrativi che già sono di spettanza della Provincia viene fatto il tentativo di restringere il più possibile le relative competenze con interpretazioni giuridicamente cavillose delle leggi.

Non posso fare a meno di passare anche ad altri settori, che pur non riguardando direttamente l'Amministrazione Provinciale influiscono comunque su di essa in modo più o meno essenziale. L'Amministrazione Provinciale nell'interesse di una pacifica convivenza dei gruppi etnici esistenti in Provincia non solo ha il diritto, ma anche l'obbligo di far presente continuamente e di chiedere che in tutti gli uffici pubblici il rapporto dei dipendenti venga adeguato a quello dei gruppi linguistici esistenti nella Provincia, come è previsto nell'Accordo di Parigi. Questo settore e quello della bilinguità o meglio dell'uso, su di una base di parità della lingua tedesca e di quella italiana lascia molto a desiderare, specie per quanto riguarda gli uffici dell'Amministrazione Statale e degli Enti parastatali. Un progresso in questo settore sembra difficilmente attuabile, per il fatto, che le norme dell'Accordo di Parigi relative al riconoscimento dei titoli di studio sono attuate solo nell'ambito assai ristretto degli optanti rimpatrianti e non anche, in generale e per principio, come lo prevede l'Accordo di Parigi.

L'Amministrazione Provinciale ha anche un legittimo interesse, che i posti vacanti vengano ricoperti presso i Comuni ed altri Enti sottoposti alla sua tutela in maniera che sia garantito l'uso, su di una base di parità, della lingua tedesca ed italiana, necessario nell'interesse della popolazione. Deve però essere constatato con rammarico, che le vengono continuamente opposte gravi difficoltà nell'attuazione dei provvedimenti all'uopo necessari. Ciò vale anche per la lingua d'ufficio interna cioè per quella che va usata nei rapporti fra le autorità. Non viene affatto preso in considerazione il fatto che ognuna delle lingue parlate in Provincia debba essere ammessa e che l'uso dell'una o dell'altra lingua nel caso singolo dovrebbe essere determinato dall'opportunità amministrativa; non ci si esime nemmeno da intromissioni in senso contrario nel settore amministrativo di pura competenza autonoma, sebbene queste sono evidentemente da considerarsi incompatibili.

Siccome la Provincia e gli Enti sottoposti alla sua tutela sono in larghissima misura onerati di obblighi in materia di pubblica assistenza, essa non può affatto restare indifferente se deve rimanere passiva testimone del come questi oneri vengono continuamente aumentati per la immigrazione incontrollata, per la non rispondente applicazione delle disposizioni di legge in materia di concessione di residenza e sul collocamento al lavoro e come con ciò viene spostato in modo innaturale la struttura sociale della popolazione. Sebbene l'edilizia popolare rientra nella competenza della Provincia, ad essa non è stata finora concessa alcuna influenza pratica in questo campo.

Non posso fare a meno di menzionare anche il problema degli optanti rimpatrianti. Anche qui la Provincia ha potuto assolvere il suo compito di assistenza a favore dei rimpatrianti, che in conseguenza del patto Hitler-Mussolini del 1939 erano emigrati più o meno coattivamente, solo in misura limitata, perchè l'aiuto giuridico, materiale e sociale dello Stato è rimasto entro limiti assai modesti, mentre per gli emigrati da altre zone (Venezia Giulia) è stato provveduto in misura molto più vasta.

Se pertanto la maggioranza della popolazione della nostra Provincia vale a dire il gruppo linguistico tedesco si lamenta di tutte queste cose, allora è con ciò nel suo pieno diritto. Non è quindi nè giustificato nè onesto, considerare i loro rappresentanti eletti come nemici dello Stato ed irredentisti pel fatto che chiedono la realizzazione di quanto spetta di buon diritto al gruppo etnico tedesco in base a trattati internazionali e a leggi costituzionali.

CAMINITI (P.S.D.I.): Signor Presidente, la sostanza di questa dichiarazione non è nuova, ma l'interpretazione della stessa e soprattutto il richiamo fatto in partenza dal Presidente Erckert alla maggiore auto-

rità del testo in lingua tedesca renderà necessario controllarlo, perchè non mi sembra che sia del tutto rispondente a quello in lingua italiana. Queste ragioni ci inducono a ritenere indispensabile almeno 24 ore di tempo affinchè il testo della relazione sia in lingua tedesca che in lingua italiana, possa venire da noi attentamente esaminato e studiato affinchè ad una dichiarazione di tanto peso e calore non si risponda con un'improvvisazione, tanto più che, sia pure non appartenenti al gruppo etnico tedesco, anche noi forse nella stessa misura dell'altro gruppo ci preoccupiamo di creare nella Provincia un clima di intesa e di comprensione, clima che non può essere certamente creato, ove a dichiarazioni rimaste segrete così a lungo si rispondesse improvvisando.

PRESIDENTE: Vuole precisare!

CAMINITI (P.S.D.I.): Ho chiesto 24 ore di sospensione sulla discussione del punto uno all'ordine del giorno.

NARDIN (P.C.I.): Pregiudizialmente sarei per porre in discussione la proposta di Caminiti, perchè posso prendere la parola e cominciare la discussione sul testo della dichiarazione, però il Consiglio potrebbe decidere di rinviare la discussione ad un altro giorno ed è quindi inutile che io mi metta adesso e posso aspettare. Perciò pregherei di porre in discussione e conseguente votazione la proposta del cons. Caminiti, in modo da poter regolare anche meglio i lavori dell'Assemblea.

CAMINITI (P.S.D.I.): La decisione spetta al Presidente, mi pare, è a discrezione del Presidente.

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): A nome del gruppo della D. C. mi associo alla proposta di Caminiti per 24 ore di sospensione.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Il Dr. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.) Ich beantrage jetzt eine kleine Unterbrechung der Sitzung, um über den Antrag des Abgeordneten Caminiti zu beraten.

PRESIDENTE: Possibilmente cerchiamo di trovare un accordo; c'è la proposta di sospendere per dieci minuti e nel frattempo ci consigliamo fra di noi e speriamo di trovare un accordo sull'ordine dei lavori. La seduta è sospesa per dieci minuti.

(Sospensione - Unterbrechung).

PRESIDENTE: La seduta riprende. Comunico al Consiglio che è intervenuto un accordo fra i vari grup-

pi consiliari in base al quale la discussione sulle dichiarazioni del Presidente si effettuerà domani mattina. Il lavoro del Consiglio continua fino alle 14, con seduta ad orario unico.

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): Sull'ordine del giorno. Il nostro Consiglio Provinciale attende una comunicazione del Presidente. Pregherei il Presidente di fare la seduta segreta e darci questa comunicazione.

NARDIN (Segretario P.C.I.): Sarei per associarmi alla richiesta di Panizza, anche perchè avrei voluto vedere formulato l'ordine del giorno in maniera diversa. Per me al primo punto ci doveva stare la dichiarazione del Presidente del Consiglio in base alla nota decisione presa in seduta segreta, decisione che aveva portato a stabilire il termine di 15 giorni per i lavori della Commissione, e per quale termine è stata chiesta una proroga nel corso della scorsa settimana, ma che comunque si è portata ad un mese e mezzo di distanza dalla nota seduta segreta. Si potrebbe anche iniziare la discussione sulle scuole materne, va bene, ma teniamo conto che la discussione non durerà, credo, solo oggi, stando all'esperienza del passato, quindi anche questa famosa comunicazione del Presidente del Consiglio si deve spostare nel tempo e da un certo punto di vista il Consiglio consideri che anche l'interessato abbia il piacere di sentire...

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): E' umano!

NARDIN (Segretario P.C.I.): ... sentire questa decisione ed il Consiglio pure, altrimenti per forza che in Consiglio si continua a lavorare ed a discutere con questa ombra per quella che potrà essere poi in sostanza la dichiarazione del Presidente del Consiglio. Quindi vediamo sotto vari aspetti la questione e credo che con un certo buon senso e logicità si deve convenire che è bene fare la seduta segreta stamane e concludere verso mezzogiorno o quando sarà e poi riprendere nella normalità con la discussione degli argomenti che sono inseriti all'ordine del giorno.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Direi che mi ha preceduto il collega Nardin. Anch'io volevo associarmi alla proposta di Panizza per ragioni proprio di ordine umano, perchè non si può tenere sospeso un individuo per giorni e giorni che ormai si è trascinato anche troppo. Non è in previsione della durata della discussione sugli asili infantili che potrà essere lunga o breve, ma proprio per il fatto che questa materia doveva essere messa al primo punto all'ordine del giorno e si doveva sbrigare come prima cosa di questa tornata.

PRESIDENTE: Altri che prendono la parola? Non è stata messa all'ordine del giorno la comunicazione del Presidente perchè non ritengo che ciò sia necessario fare. Una comunicazione del Presidente può essere fatta anche se non è stata messa all'ordine del giorno. Dirò anche che le comunicazioni del Presidente possono essere svolte in qualsiasi momento della seduta. Le comunicazioni del Presidente di cui si tratta devono essere fatte nell'odierna seduta perchè in base all'art. 53, avendo la Commissione presentato le sue conclusioni, queste devono essere comunicate al Consiglio nella seduta successiva alle conclusioni stesse. Il termine per la presentazione delle conclusioni era il 20 giugno, è stata richiesta una proroga da parte della Commissione perchè non aveva potuto esaurire in tempo il lavoro con molta coscienza. In conclusione le comunicazioni del Presidente possono essere fatte in qualunque punto della seduta a giudizio del Presidente e consiglieri di comprendere possibilmente la situazione particolare che si riferisce a queste comunicazioni e consentire che esse possano essere fatte anche subito all'inizio di seduta. E' mia opinione che queste prendano molto poco tempo, almeno è la mia personale opinione.

BENEDIKTER (S.V.P.): Es wurde damals beschlossen, die Ergebnisse der Untersuchung, die mit dem Finanzassessor zusammenhängt, dem Landtag zur Kenntnis zu bringen, und es ist also der Landtag zuständig, hierüber zu entscheiden. Es handelt sich meiner Ansicht nach ja nicht um eine Mitteilung, sondern diese Mitteilung muß Gegenstand einer Aussprache im Landtag selber sein, sodaß es nicht mit wenigen Minuten abgetan sein kann. Es stimmt, daß seinerzeit der Beschluß gefaßt wurde, daß eine solche Mitteilung über das Ergebnis dieser Untersuchung in der darauffolgenden Sitzung erfolgen soll, jedoch ist es eine allgemeine Auslegung solcher Beschlüsse, daß eben nicht die Sitzung als solche gemeint ist, sondern die Session, die Sitzungsperiode des Landtages und es kann daher ohne weiteres die Mitteilung und die darauffolgende Aussprache auch morgen oder übermorgen erfolgen.

(Traduzione - Übersetzung).

MITOLO (M.S.I.): Perdiamo altro tempo in discussioni bizantine, a quest'ora sarebbero già state fatte le comunicazioni.

BENEDIKTER (S.V.P.): Die Übersetzung meiner Worte stimmt nicht.

CAMINITI (P.S.D.I.): Ho l'impressione che anche i microfoni non funzionino perchè spetta solo al Presidente, a mio modesto avviso, di stabilire il giorno e l'ora in cui egli ritenga di fare delle comunicazioni al Consiglio e trovo strano che sia stata aperta una di-

scussione su quello che è un diritto del Presidente. Secondo, trovo ancora più strano che, trattandosi di un membro della Giunta, vi siano fra i membri della Giunta stessa opinioni discordanti e soprattutto che non ci sia la sensibilità di comprendere che dove c'è un'ombra nei confronti di un membro della Giunta bisogna essere prontissimi a toglierla o meno con la maggiore rapidità. Quindi trovo che sia proprio un'insensibilità, quanto meno, politica voler rinviare una discussione che andava fatta con assoluta urgenza.

MITOLO (M.S.I.): Non occorre alcun voto; deve decidere il Presidente. E' una facoltà discrezionale del Presidente e quindi deve decidere lui. Sono sicuro che il Presidente non vorrà venire meno a questa sua prerogativa.

BENEDIKTER (S.V.P.): Meine Ausführungen sind nicht richtig übersetzt worden; ich bin der Auffassung, daß es nicht in der Ermessensfreiheit des Vorsitzenden des Landtages steht, hier nun die Mitteilung zu machen, denn es handelt sich nicht um eine einfache Mitteilung, sondern es dreht sich um einen Gegenstand, für den der Landtag beschlossen hat, eine Untersuchungskommission einzusetzen, und das Ergebnis dieser Untersuchung soll nun Gegenstand einer Debatte bilden.

MITOLO (M.S.I.): Ma traduca lei, che è il fedele interprete del suo pensiero!

MAGNAGO (Vice Presidente - S.V.P.): Benedikter è d'avviso che non trattandosi di una semplice dichiarazione o comunicazione del Presidente da dare al Consiglio, ma trattandosi di una discussione che deve seguire a questa comunicazione del Presidente, che non sia nella facoltà del Presidente di dire: le comunicazioni le faccio adesso e non dopo, in quanto che in seguito a queste comunicazioni ci sarà una discussione ed un dibattito e forse anche una presa di posizione del Consiglio stesso.

MITOLO (M.S.I.): Non credo che Benedikter sia nel giusto, perchè non è sicuro che ci sarà una discussione. E' sicuro che ci deve essere la comunicazione da parte del Presidente del Consiglio, non è sicuro che ci deve essere una discussione. Se ci sarà una discussione allora potremo mettere ai voti se discutere oggi o un altro giorno, ma comunque la facoltà del Presidente di fare questa comunicazione a sua discrezione esiste e credo che egli non ne vorrà fare a meno.

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): Brevissimamente vorrei dire che non si tratta semplicemente di insensibilità politica che potrebbe anche spiegarsi. Ogni partito ha la sensibilità politica che ha,

ma si tratta soprattutto di insensibilità sul piano umano. Ora gli elementi del gruppo di lingua tedesca che si oppongono alla richiesta da me fatta all'inizio dovrebbero anche considerare che il Presidente del Consiglio, con la sua squisita sensibilità ha messo al primo punto dell'ordine del giorno ed ha lasciato trattare le dichiarazioni del Presidente della Giunta provinciale, era nella facoltà del Presidente di iniziare stamane con la seduta segreta rimandando a dopo la dichiarazione del Presidente della Giunta Provinciale. Quindi anche in considerazione di questo io insisto che venga fatta seduta segreta e vengano date quelle comunicazioni che abbiamo il diritto di attendere in questo momento.

PRESIDENTE: La mia opinione è che in questa materia la decisione spetta al Presidente, e non al Consiglio per votazione. Tuttavia poichè sull'argomento sembra che i gruppi ammettano una notevole importanza e dovendo il Presidente del Consiglio decidere sì, ma interpretare anche la volontà del Consiglio, prima di decidere, io sospendo la seduta per altri 5 minuti per vedere se c'è la possibilità di mettersi d'accordo anche su questo punto. La seduta è sospesa per 5 minuti. (Sospensione - Unterbrechung).

PRESIDENTE: La seduta riprende. Comunico al Consiglio che non si è raggiunto un accordo su questo punto in quanto che i gruppi mantengono le loro posizioni, pertanto prendendo una soluzione, diciamo, salomonica, e per non scontentare nè gli uni nè gli altri, facciamo così: la seduta continua con la trattazione della legge sulle scuole materne; alle 12, a qualunque punto è arrivata la discussione, essa viene sospesa e viene fatta seduta segreta. La parola alla Giunta per la relazione sul disegno di legge.

MAYR (S.V.P.) (Legge in tedesco la relazione - liest den Bericht in deutscher Sprache).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Chiederei la lettura della relazione in lingua italiana, se non rincresce.

MAYR (S.V.P.): (Legge in italiano la relazione - liest den Bericht in italienischer Sprache).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Che fretta! Lasciaci capire, leggi un po' adagio!

MAYR (S.V.P.): Continua la lettura in italiano - setzt die Verlesung des Berichtes fort).

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione per la lettura della relazione della Commissione legislativa.

BENEDIKTER (S.V.P.): (Legge la relazione - liest den Bericht).

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Presidente! C'è la relazione di minoranza!

PRESIDENTE: Scusi consigliere, la parola al cons. Molignoni per la lettura della relazione di minoranza!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Spero che mi sia consentito di leggere con una andatura diversa da quella dei cons. Mayr e Benedikter, perchè è stata presentata stamane e vorrei che fosse seguita.

PRESIDENTE: E' stata un'omissione mia!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Relazione di minoranza: (legge - liest).

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Posso fare una domanda?

PRESIDENTE: Sì!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Devo fare una domanda facile facile, come si dice. La Giunta Provinciale ha presentato questo disegno di legge, e vorrei sapere se questo testo è stato elaborato e deciso dalla totalità della Giunta Provinciale o se invece questo testo è stato varato a maggioranza. Non è una semplice curiosità la mia, ma evidentemente credo che sarebbe utile che il Consiglio conosca, nel caso che questo testo fosse stato varato a maggioranza, il punto di vista della minoranza della Giunta stessa, perchè allora si ha un completo quadro degli intendimenti e dei pareri della Giunta ed attraverso il disegno di legge, la relazione che abbiamo sentito ed eventualmente attraverso le informazioni e precisazioni di quegli Assessori che non hanno condiviso questo disegno di legge, e quindi il Consiglio può in modo migliore affrontare la discussione di questa importante materia, tenendo conto di tutte le particolarità che sono esistite e che esistono ancora circa questo disegno di legge.

PRESIDENTE: Nel corso della discussione generale emergeranno i motivi che hanno determinato alcuni membri della Giunta a non approvare. Ed allora cominciamo adesso la discussione generale organica.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): E' la discussione generale!

ERCKERT (Presidente della Giunta - S.V.P.): La legge è stata deliberata dalla Giunta Provinciale a maggioranza con due astensioni, Panizza e Dell'Antonio, quindi loro due possono spiegare meglio i motivi per cui si sono astenuti.

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): Nel corso della discussione spiegheremo!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Scusi Presidente, alle 12 si interrompe?

PRESIDENTE: Nessuno prende la parola? Il cons. Caminiti!

CAMINITI (P.S.D.I.): Chiedo di sapere se il testo della nuova legge, varato dalla maggioranza della Giunta Provinciale, abbia ottenuto nella sostanza e anche nella forma un accordo o un'intesa, una specie di preventiva approvazione presso gli organi dello Stato. Faccio la mia domanda riferendomi alla prassi che normalmente viene seguita in questa fase di preparazione delle leggi regionali e provinciali. Se bene mi ricordo, l'Assessore regionale Benedikter allorchè era Assessore provinciale, generalmente ci diceva che le leggi da lui predisposte erano state preventivamente concordate con gli organi ministeriali, poi succedeva, stranamente, che le leggi magari non vennero approvate. Questo naturalmente non era colpo di nessuno, ma forse sarebbe opportuno sapere fin da adesso, essendo intervenuto un rinvio motivato in linea di diritto riflettente la prima legge approvata dalla maggioranza del Consiglio Provinciale ed essendo quindi state poste delle condizioni che pare non siano state tenute in pieno conto nell'elaborazione del secondo progetto, sarebbe bene sapere e conoscere dall'Assessore competente che ha trattato la stesura del nuovo testo e ha condotto, penso, delle trattative con gli organi ministeriali, se qualche cosa in questo senso è stato fatto.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Vedo che ci si avvia verso la chiusura della discussione. Io non ho intenzione di fare il mio intervento e vi dico anche perchè, perchè sono le 11.30 ed alle 12 precise si interrompe la seduta su questo argomento. Io avrei, non che abbia l'intenzione precisa, ma avrei da parlare quanto meno due ore e non sono disposto ad iniziare l'intervento e poi interrompere per riprenderlo domani o dopodomani per cui vorrei anche sottolineare la richiesta fatta da Caminiti all'Assessore Mayer, il quale ci dica qualche cosa e, può rispondere brevemente se questi accordi preventivi, che è buon uso fare, sono stati presi o no. Poi vorrei anche sottolineare la richiesta fatta da Nardin prima ed invitare l'Assessore Panizza, che mi pare aveva tutte le buone intenzioni di farlo,

anzi era così ben disposto che aveva già chiesto la parola, a spiegarci brevemente quali ragioni lo hanno indotto in sede di Giunta ad astenersi dal voto. Questo perchè può servire, l'una e l'altra cosa, tutte due preziose, ad orientarci in quella che sarà la discussione generale vera e propria, che penso si farà domani o successivamente, perchè domani non si avrà il tempo materiale, e quindi rinnovo la preghiera e l'invito fatti dai colleghi che mi hanno preceduto.

ERCKERT (Presidente della Giunta - S.V.P.): La legge è stata preparata dalla Giunta Provinciale assieme con la relazione che è stata letta. In occasione dell'approvazione del rendiconto del 1952 ho fatto anche un intervento presso il Ministero della Pubblica Istruzione e parlavo con il Direttore Generale, Sacchetto, al quale ho consegnato questo testo come pure la relazione pregandolo di darmi una risposta o indicarmi se qualche cosa non corrisponde. Mi ha detto che tutto andava bene, salvo al secondo comma per la parola «avvarrà» ci potrebbe essere qualche cosa, ma mi diceva di non potersi esprimere, e che posso avere una risposta definitiva più tardi. Non è però venuta alcuna risposta, del resto il Direttore Sacchetto era di opinione che la legge poteva andare bene ad eccezione della dizione del secondo comma dell'art. primo. Poi non ho più avuto occasione di parlare con lui e non ho avuto altre risposte.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Il cons. Nardin!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Stamane, quando con buon senso era stata fatta la proposta di iniziare la seduta riservata, si prevedeva di arrivare un po' a questa situazione perchè chi vuole prendere la parola per fare un organico intervento, in lingua italiana o tedesca, cerca di poterlo fare nel modo più adatto. Perchè chi deve cominciare alle 11.30 e vuole parlare un'ora o più e deve interrompere non è neanche giusto per il consigliere che prende la parola. Quindi la pratica insegna più che la teoria in questo caso, come fosse giusta la proposta di stamane. Ho formulato la mia domanda avendo il dubbio che la legge relativa alle scuole materne fosse solo stata approvata a maggioranza, perchè anzitutto per un rispetto della tesi altrui devo conoscere quasi pregiudizialmente, unitamente al parere della maggioranza della Giunta Provinciale, anche il parere della minoranza. Si dice che lo si farà nel corso del dibattito. Se si dice questo è perchè un certo gruppo si deve riunire per concordare delle dichiarazioni, altrimenti non vedo perchè si debba attendere la fine del dibattito per conoscere il parere della minoranza della Giunta. Con questo non dico che sposerò, scusate il termine, la tesi della minoranza della Giunta Provinciale, tutt'altro, ma cvi-

dentemente era un altro punto di partenza sul quale basare una serie di valutazioni da parte di tutto il Consiglio per arrivare ad una buona discussione ed anche a delle decisioni più conformi per quanto riguarda questa legge. Ripeto ancora, si facciano queste dichiarazioni, perchè allora avremo un quadro più completo, e perchè da parte mia anche le tesi degli avversari vengono rispettate, le discuteremo, le vaglieremo e vedremo in che misura certa tesi può venire accolta o totalmente o parzialmente. Ma come prima necessità c'è di conoscere questi pareri, questi intendimenti, questi punti di vista. Quindi è sempre nell'interesse di dare una migliore organicità alle nostre discussioni del Consiglio che io faccio queste domande; non per guadagnare tempo, perchè se volessi guadagnare tempo pianterei un discorso di varie ore, e sapete che riesco anche a farlo. Ma comunque è per dare questa organicità che certe volte non si vuole accogliere questo desiderio quando viene espresso e si parla regolarmente, di facoltà di rispondere o meno; questi sono discorsi...

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.):
Rispondo subito!

NARDIN (Segretario P.C.I.): ... che hanno fondamento fino ad un certo punto. C'è poi la sostanza delle cose, oltre che la forma. Si vuole discutere seriamente questo disegno di legge? Allora si discuta il più seriamente possibile ed è quindi bene ed importante anche dal punto di vista politico, sapere che la minoranza della Giunta Provinciale si è astenuta dal votare la legge in discussione. Voi capite che è bene conoscere questo fatto politico così importante, che non avviene spesso, in questi 7 anni non sono stati molti gli episodi che hanno portato la Giunta a non essere concorde con determinati provvedimenti legislativi.

PANIZZA (Segretario alle Attività Sociali - D.C.):
La scuola!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Sono le perle nell'autonomia regionale e provinciale.

AMONN (S.V.P.): Perle nere!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Quindi dato che questa perla c'è oggi, conosciamola in tutto il suo fulgore!

BRUGGER (Assessore all'Agricoltura - S.V.P.):
Abbiamo un rosario intero!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Perchè per esempio, dato che si vuole arrivare alle ore 12, la tesi sostenuta dalla minoranza nella Giunta Provinciale può essere

stata questa: noi siamo d'accordo con i rilievi fatti dal Commissario del Governo, e perchè siamo d'accordo con questi rilievi, non accettiamo la formulazione dell'articolo 1, che è un po' il centro della legge. Ed allora questo ragionamento si innesta con il conseguente ragionamento, si dice che lo Statuto c'è, c'è la Costituzione, che lo Statuto per l'art. 12 si deve attuare solo quando saranno emanate le norme di attuazione; ma allora è il ragionamento che faceva Calamandrei in occasione del convegno della scuola...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ma non parliamone più di quello!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Ma permetti che ne parli!

CAMINITI (P.S.D.I.): Parlane, parlane Nardin!

NARDIN (Segretario P.C.I.): ... ed allora questo ragionamento di Calamandrei non convinse molto, perchè se si deve accettare il principio che lo Statuto di autonomia deve venire attuato solo dopo l'emanazione delle norme di attuazione, allora avremo avuto ben poche facoltà legislative sia in campo regionale che provinciale. Ci sarebbe stato l'obbligo da parte dello Stato di emanare entro i tre anni successivi all'attuazione ed emanazione della Costituzione, di emanare quelle leggi e quelle disposizioni che dovevano consentire nei riflessi delle autonomie regionali la più adatta e conseguente attuazione dello Statuto, dopo che erano state emanate queste leggi cornice, come vengono chiamate. Ma lo Stato non lo ha fatto, a parte per le norme di attuazione, ha fatto ben poco in materia legislativa della Regione, ed in materia amministrativa; ha fatto leggi cornice a suo tempo nella prima legislatura, poi ha fatto alcune norme di attuazione e basta. Quindi se dovessimo accettare il ragionamento di Calamandrei e di qualche altro organo burocratico, evidentemente arriveremo a lasciare quasi del tutto inoperante l'attuazione dello Statuto di Autonomia. E' la tesi sostenuta dalla minoranza della Giunta Provinciale? Cioè dei due Assessori che si sono astenuti? Se sapessi che questa è la tesi, allora partirci già con una determinata base di valutazione diversa da quella che ho oggi, dove devo porre uno accanto all'altro dei punti interrogativi. Quindi saranno altre tesi, per esempio: questi due Assessori hanno sostenuto che la legge per quanto riguarda le scuole materne in Provincia di Bolzano deve seguire sic et simpliciter quello che è stato l'orientamento seguito dalla Provincia di Trento, sorella o sorellastra, come qualcuno la vuole chiamare.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Matrigna!

NARDIN (Segretario P.C.I.): Chiamiamola anche sorella! E' questo?, o un altro punto di vista, cioè che

la legge provinciale deve limitarsi esclusivamente all'incremento degli asili dove mancano, e purtroppo questa situazione è tale per cui guai a noi se veramente non facciamo sì, come Provincia, di dare un largo incremento all'istituzione di questi asili, ecc. nei vari Comuni della Provincia, perchè abbiamo un bel parlare di assistenza all'infanzia, di difesa della cultura, della giusta difesa del patrimonio culturale ed etnico. E' giustissimo, ma se non si agisce nella pratica, fondando asili e scuole materne, creando un capace corpo insegnanti che veramente non faccia opera di parte ma che faccia veramente un'opera educativa, fatta pur secondo i principi che garantiscono la difesa dei bambini appartenenti a un gruppo linguistico e dei bambini appartenenti ad un altro gruppo linguistico perchè questo è giusto e sacrosanto. Ma se non si fa questo avremo un bel teorizzare, un bel immergerci in questioni giuridiche e di tutti i tipi che volete, ma la situazione sarebbe quella che è; perchè sappiamo molto bene che se è stata avanzata questa tesi, è evidente che c'è questa preoccupazione del garantire la difesa della tenera infanzia, di questo patrimonio culturale per cominciare ad immettere nella vita questi fanciulli di lingua tedesca od italiana o ladina. Ma il problema si inserisce nel campo più vasto dell'assistenza all'infanzia che nell'Alto Adige, al pari di molte Province d'Italia, è un problema molto grosso; l'assistenza all'infanzia che si deve vedere sotto i più vari aspetti fra i quali c'è quello abbastanza importante dell'istruzione le grado preparatorio. E' questa una seconda tesi sostenuta dai due Assessori nella Giunta Provinciale? Altro interrogativo! Quindi voi capite bene che è pure necessario conoscere questo, perchè può darsi che vengano altri lumi da questa posizione assunta in Giunta Provinciale, che consentano a tutti i consiglieri di valutare meglio questo. E' stata sostenuta una terza tesi magari da questi due Assessori? Per esempio nel dire: va bene noi non siamo d'accordo che la Giunta Provinciale eserciti tutte le potestà amministrative dello Stato; noi saremmo d'accordo invece di precisare all'art. 1 questo, lo formulo in maniera molto generica «*La Giunta Provinciale esercita le seguenti potestà amministrative*», e precisare, «*già esercitate dallo Stato*», precisare la serie delle potestà. Vi dico la verità che questa sarebbe stata un po' la mia tesi, una via di mezzo, perchè la politica la vedo fare anche l'amministrazione in modo concreto e non sulla base di principi che si combattono l'uno opposto all'altro, senza arrivare poi, dato che la situazione lo richiede, non dico a un compromesso, ma a una piattaforma sulla quale temperare l'una e l'altra esigenza, cioè quella di dare e di assicurare unità all'insegnamento nei riguardi della legislazione ecc., ma nello stesso tempo di integrare facoltà o norme pratiche dello Statuto, adeguando le scuole materne alle particolari caratteristiche locali, facendo di più e meglio di quello che fa lo Stato, e portando enti locali, associazioni, a

muoversi per far sì che veramente si faccia di più di quanto avviene in Italia, cioè assicurare sviluppo e progresso alle scuole materne in Alto Adige. Questa tesi è stata presentata? E' giusto dire: «La Provincia esercita le seguenti potestà amministrative già esercitate dallo Stato», ed indicare i settori nei quali la Provincia vuole assumere i poteri e lasciando impregiudicato quello che è la funzione del Provveditore e del Vice Provveditore agli Studi in Provincia di Bolzano, quali organi naturali, organi di vigilanza statale e così via? E' questa una terza tesi, cioè dire: non assumiamole tutte queste potestà, assumiamo determinati settori, vediamo se non riusciamo a giungere ad un accordo con lo Stato per consentirci di entrare con la nostra legislazione ed iniziativa di vario tipo nel campo vastissimo delle scuole materne. In questa maniera lo Stato fa la sua parte e noi la nostra, le due forze unite poi agli enti locali e le associazioni in Alto Adige, ecc., tutte queste forze unite assicureranno quanto viene affermato nella relazione della Giunta Provinciale: «incrementare lo sviluppo sociale, culturale», ecc. in questo settore. Questa può essere anche una terza tesi che può essere stata sostenuta dalla minoranza nei confronti della maggioranza della Giunta Provinciale; altro punto interrogativo. Indubbiamente con la fertilità di idee e di proposte che ci sarà stata da parte di questi due Assessori in Giunta Provinciale possono essere venute fuori chissà quali altre richieste e formulazioni di articoli e così via. Concludo quindi con l'auspicare che si possa sentire qualche cosa anche al riguardo.

PANIZZA (Assessore alle Attività Sociali - D.C.): Darò una brevissima risposta a Nardin. Dico subito che

ritengo giusta la richiesta di precisazione da parte della minoranza nella Giunta Provinciale. Non ho voluto prendere la parola e precisare il perchè del nostro dissenso sulla legge delle scuole materne perchè mancava mezz'ora alla prefissata chiusura della discussione e non tendevo sviluppare in questo scorcio di seduta le tesi sviluppate in sede di Giunta. I motivi che ci hanno fatto astenere dall'approvare la legge sono di due ordini: di ordine giuridico sviluppato nelle precedenti discussioni da parte della minoranza italiana, e di ordine politico. Dichiaro che all'apertura della prossima seduta, nella quale si tratterà il problema della legge sulle scuole materne darò le dichiarazioni richieste da Nardin e da altri membri della minoranza italiana.

PRESIDENTE: Sono le 12 meno dieci, interrompiamo la seduta per 10 minuti ed alle 12 si riprende.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich bitte den Herrn Präsidenten, laut Geschäftsordnung vorzugehen. Es fehlen noch 10 Minuten bis 12 Uhr. Wir haben Sitzung bis 12 Uhr.

CAMINITI (P.S.D.I.): Domando la parola per richiamo al regolamento!

PRESIDENTE: Dichiaro di interrompere la seduta per dare 10 minuti di respiro. Siccome abbiamo sempre seguito questa abitudine di avere questi 10 minuti di pausa li facciamo adesso e alle 12 si riprende in seduta segreta.

Ore 11.50 Uhr.